

**V o r l a g e Nr. L 120/18**

**für die Sitzung der Deputation für Bildung am 04. Februar 2015**

**Antrag der Fraktion der CDU: „Ganztagsschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten“**

**A. Problem**

Die Fraktion der CDU hat folgenden Antrag (Drs. 18/1179) in den Landtag eingebracht:

„Die Entwicklung von Ganztagsschulangeboten gilt als eine der wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben. Die Möglichkeiten, Unterricht anders zu organisieren und über den Schulalltag zu verteilen, sind ein entscheidender Baustein, um Unterrichtsqualität zu steigern und Lernen auch unter schwierigen sozialen Rahmenbedingungen angemessen gestalten zu können. Insbesondere für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind bedarfsorientierte und flächendeckende Angebote von zunehmender Bedeutung für alle Bereiche der Gesellschaft, auch unabhängig von der Region und spezifischen sozialen Problemen.

Gerade vor dem spezifischen sozialen Hintergrund in Bremerhaven ist es völlig unverständlich, dass die rot-grüne Koalition die weitere Entwicklung von Ganztagsschulen offenbar lediglich auf Bremen beschränkt und Bremerhaven in den diesbezüglichen jüngsten Beschlüssen der rot-grünen Koalition unberücksichtigt bleibt. Die schulische Entwicklung ist insgesamt eine Verantwortung des Landes und muss beide Kommunen angemessen einbeziehen. Dies muss sich in der Gestaltung des Haushalts entsprechend widerspiegeln.

Union und SPD auf Bundesebene haben sich jüngst auf weitere Maßnahmen zur Entlastung der Länder und Kommunen verständigt. Neben der ab 2014 vollumfänglichen

Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, sollen die Länder und Kommunen u. a. durch weitere 5 Mrd. € bei der Eingliederungshilfe und 6 Mrd. € für die Krippen, Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen entlastet werden. Zudem sollen die zusätzlichen finanziellen Spielräume des Bundes zu einem Drittel zur Entlastung der Länderhaushalte verwendet werden. Diese Entlastungen müssen zukunftsorientiert auch insbesondere im Bildungsbereich eingesetzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Entwicklung von Ganztagschulen schnellstmöglich ein Programm vorzulegen, das die Kommunen Bremen und Bremerhaven ihren Bedarfen entsprechend und zeitgleich berücksichtigt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unter Einbeziehung der nach der Koalitionsvereinbarung zu erwartenden Bundesmittel zur Entlastung der staatlichen und kommunalen Haushalte im Bereich der qualitativen und quantitativen Entwicklung von Ganztagsangeboten einen Schwerpunkt zu setzen.

Der oben genannte Antrag „Ganztagschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten“ wurde von der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung (federführend) und den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

## **B. Sachstand/Berichterstattung**

Für die Stadtgemeinde Bremen wird der Stand im Ganztagsschulbereich in der Vorlage Nr. G 135/18 für die Sitzung der Deputation für Bildung (städtisch) am 24.07.2014 ausführlich auf die einzelnen Stadtteile bezogen dargestellt. Zusammenfassend besteht folgende Versorgungslage im Ganztagsschulbereich:

Schulstufe	Schulen insgesamt	Anzahl der Ganztagschulen	Anteil von Ganztagschulen in Prozent	Ganztagsschulplätze 2013/14
Grundschule	74	31	41,9 %	5.830
Sek I Schulen	45	26	57,8 %	8.744

Tabelle 1: Ausbaustand Ganztagschulen in der Stadtgemeinde Bremen

In der Stadtgemeinde Bremerhaven besteht folgender Sachstand beim Ausbau von Ganztagschulen:

Schulstufe	Schulen insgesamt	Anzahl der Ganztagschulen	Anteil von Ganztagschulen in Prozent	Ganztagsschulplätze 2013/14
Grundschule	16	8	50,0 %	1.258
Sek I Schulen	12	6	50,0 %	924

Tabelle 2: Ausbaustand Ganztagschulen in der Stadtgemeinde Bremerhaven

In der Stadtgemeinde Bremerhaven werden folgende Ausbaupläne zu Ganztagschulen angestrebt:

im Primarbereich sollen bis zum Jahr 2025 die Hälfte alle Schulplätze und im Sekundarbereich I ein Drittel der Schulplätze für die Ganztagsbeschulung zur Verfügung stehen. Der bisherige Ausbau der gebundenen Ganztagschulen hat sich aufgrund des sozialen Umfeldes auf die im Stadtkern liegenden Bereiche Lehe und Geestemünde konzentriert. Die Stadtteile im Norden und Süden sind im weiteren Ausbau besonders zu bedenken. Für den Primarbereich ist die Zielsetzung, jeweils eine im Norden und eine im Süden befindliche Grundschule zur gebundenen Ganztagschule auszubauen.

In der Stadtgemeinde Bremen werden die Weiterführung und der Ausbau der bisherigen Ganztagsprogramme angestrebt. Das Ziel ist es zudem, zu einem weitest möglich einheitlichen Betreuungsangebot im Rahmen der Ganztagschulen in Bremen und Bremerhaven zu kommen. Dabei sollen die Ganztagsangebote erhöht werden, um nicht nur die Bildungschancen zu verbessern, sondern auch, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Es wird daran gearbeitet, ein höheres Maß an Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, aus der eine intensivere Förderung vieler Schülerinnen und Schüler resultiert. Dabei

liegt ein Schwerpunkt auf der flächendeckenden Versorgung mit Ganztagschulen im Grundschulbereich. Aber auch im Sekundarbereich und für die Gymnasien in Gebieten mit besonderem sozialem Hintergrund wird ein intensiverer Ausbau des Ganztagsangebotes angestrebt.

Für beide Stadtgemeinden gilt, dass der Ganztagschulausbau auf einer soliden Absicherung im Haushalt umgesetzt werden soll. Daher wird die Finanzierung weiterer Ganztagschulprogramme im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Haushalte 2016/17 beraten.

### **C. Kosten / Personelle Auswirkungen / Gender-Relevanz**

Finanzielle und sozialwirtschaftliche Auswirkungen werden für die Haushaltsberatungen vorbereitet.

Zur Umsetzung der sogenannten BaFÖG-Mittel liegt der Deputation eine eigenen Bericht vor.

Jungen und Mädchen sind gleichermaßen betroffen.

### **D. Beschlussvorschlag**

Die Deputation beschließt den anliegenden Bericht und dessen Weiterleitung an den Haushalts- und Finanz-Ausschuss. Die Deputation empfiehlt den Antrag abzulehnen, da weitere Programme zur Entwicklung von Ganztagschulen erst im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Haushalte 2016/2017 beraten werden können.